Steinheimer Zeitung

Bote für das Emmerthal — **Amtliches Verordnungsblatt**

Bezugspreis: Vierteljährlich: ohne Beilage 6.60 Mark mit der Beilage „Christliche Familie" 9.00 Mark frei ins Haus gebracht. — Die „Steinheimer Zeitung" erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag u. Sonnabend. Für die Schriftleitung verantwortlich: Carl Simonowski, Steinheim.

Anzeigenpreis: Die einspaltige Grundzeile (Petit, 45 mm breit) oder deren Raum 80 Pfg., die Reklamezeile (Petit, 90 mm breit) oder deren Raum 2 Mark. Sämtliche Anzeigen sind nach Steinheim i. Westf. zu senden. Druck und Verlag: Carl Simonowski, Steinheim i. Westf.

Nr. 15. Steinheim, Dienstag, den 8. Februar 1921. 26. Jahrgang.

Die Helfer.

Trotz aller Vereinbarungen mit den Alliierten fühlt man in Paris doch ein gewisses unbehagliches Gefühl gegen den von besonnener und neutraler Seite erhobenen Vorwurf, an Deutschland zu starke Zumutungen gestellt zu haben. Man liest deshalb in den ministeriellen Organen an der Seine, Deutschland sei an dieser großen Rechnung selbst schuld. Es hätte sich ja nur mit Frankreich über eine vorläufige Zahlung zu einigen brauchen, dann wäre dies Zwangs-Diktat vermieden worden. Der Inhalt des Diktats muß in uns aber die begründete Besorgnis wachrufen, daß wir bei einer Vereinbarung mit Frankreich vom Regen in die Traufe gekommen wären und schließlich einen ganz schlimmen Blanko-Wechsel hätten ausstellen müssen. Denn es ist niemand in Paris, der nachdrücklich für eine Milderung der Bedingungen für Deutschland eintritt. Auch die französischen Arbeiter schweigen, wie sie schon beim Friedensvertrage von Versailles wie bei der Ratifizierung desselben geschwiegen hatten.

Ueberhaupt sind die Helfer, auf die der deutsche Optimismus seit dem 11. November 1918 gehofft hatte, jetzt ebenso unsichtbar wie früher. Wie aus den Pariser Veröffentlichungen hervorgeht, hat England sich die Zustimmung zu dem Diktat nicht etwa abringen lassen, sondern es hat die Ratenzahlungen von 42 Jahren mit 229 Milliarden Goldmark selbst vorgeschlagen und dem französischen Vorschlage der Taxe für die deutsche Ausfuhr, die unsere Industrie auf das schwerste bedroht, „freudig" zugestimmt. Wenn das britisches Wohlwollen für uns bedeutet, so möchten wir erst wissen, was eine unfreundliche Haltung gegen Deutschland bedeutet hätte. Von den englischen Politikern haben wir nichts bekommen; der einzige Faktor, der bis zu der in vier Wochen stattfindenden Konferenz in London noch für uns eintreten könnte, ist der einflußreiche britische Großkaufmann.

Italien, das in den Monaten, wo Frankreich und England ihm nicht den Willen im Mittelmeer tun wollten, mit Deutschland schon wieder zu kokettieren begann, beobachtet eine sehr merkwürdige Haltung. Das einzige, was der Minister des Auswärtigen in Rom für uns unternehmen kann, ist der Rat, uns in London mit Frankreich zu einigen, wozu aber wünschenswert sei, daß die deutsche Presse sich hüte, Frankreich zu reizen. Wir reizen gewiß niemand, wehren uns nur dagegen, uns für unabsehbare Zeit in den Schuldturm sperren zu lassen. Welche Früchte den Italienern dieses blinde Eingehen auf das französische Diktat einbringen wird, muß die Zeit ergeben. Heute schneidet Italien aber auch aus unserer Haut seine Riemen.

Die unverantwortlichen Amerikaner sagen, wir sollten nicht unterzeichnen. Daß wir diesen Rat als einen praktischen nur dann bezeichnen dürfen, wenn uns Amerika dazu eine Existenz-Anleihe gibt, ist natürlich; wir müssen also abwarten, was der neue Präsident Harding sagen wird, der ja erst im nächsten Monat die Wiederherstellung friedlicher Beziehungen zum Deutschen Reiche proklamieren wird. Da die Entente alles deutsche Eigentum und alle deutschen Steuerquellen für sich in Anspruch nimmt, so haben wir nichts, was wir Amerika als Garantie für eine Anleihe bieten können. Auf der Konferenz in London haben wir also keinen anderen zuverlässigen Helfer, als uns selbst, das heißt einen mit äußerster Sparsamkeit ausgearbeiteten deutschen Finanzplan, der nachweist, was das Deutsche Reich wirklich zahlen kann, wenn es ein ehrliches Staatswesen bleiben will. Das ist der einzige und letzte Versuch, den wir machen können, unser Schicksal zu wenden. Die Hoffnungen auf fremde Hilfe sind keine Brücke, auf die wir unbedingt vertrauen können. Wie lange die jetzt proklamierte englisch-französische Verbrüderung erhalten bleibt, ist allerdings zweifelhaft.

An die Arbeiter der Welt.

Die Gewerkschaften gegen die Pariser Beschlüsse.

Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund richtet an die Arbeiter der Welt einen Aufruf, in dem u. a. heißt:

„Vier Jahre haben die Völker Europas unter dem Kriege geseufzt. Vierzig Jahre sollen die Menschen, die unter der Herrschaft derer standen, denen die Gegner die Schuld am Kriege zuschieben, büßen. Ihre Kinder und Kindeskinder sollen verkommen und sterben. Sie selbst sollen wie die Arbeitstiere am Leben gehalten werden, um für die Sieger zu arbeiten. Ein Recht auf die Freuden des Lebens sollen sie nicht mehr haben. Ungefähr ebensoviel wie das deutsche Nationalvermögen vor dem Kriege ausmachte, soll im Laufe von 42 Jahren von den deutschen Arbeitern erzeugt und an die Sieger abgeliefert werden, erzeugt in einem Lande, dem man schon die ungeheuerlichsten Lasten auferlegte, seine Naturschätze zum großen Teil genommen, und dem man den Absatz der Werke seiner Arbeit nach anderen Ländern unterbindet.

Das deutsche Volk hat sich bereit erklärt, im Rahmen der Möglichkeit den angerichteten Schaden wieder gut zu machen. Es ist nicht bereit, zum Vorteil des internationalen Kapitalismus zu Grunde zu gehen. Haß und Erbitterung werden sich in die Herzen einfressen, auch in die Herzen derjenigen, die ihr ganzes Leben lang für internationale Verständigung und für Völkerverbrüderung gekämpft haben. Arbeiter der Welt, ihr habt das Wort!"

Diesem Aufruf schließen sich der Allgemeine freie Angestelltenbund und der Beirat der freigewerkschaftlichen Betriebszentrale an.

Ein Appell an die Genossenschaften aller Länder.

Der Zentralverband Deutscher Konsumvereine und die Großeinkaufsgesellschaft Deutscher Konsumvereine in Hamburg erlassen einen Aufruf an die Genossenschaften aller Länder, in dem gegen die Beschlüsse der Pariser Konferenz protestiert und dringend ersucht wird, im Interesse der genossenschaftlichen Internationale sich diesem Protest anzuschließen.

Protest der württembergischen Industrie.

Die Handelskammer Stuttgart hat der württembergischen Regierung nahegelegt, sie möge bei den bevorstehenden Verhandlungen der einzelstaatlichen Regierungen mit der Reichsregierung mit ganz besonderem Nachdruck auf die ruinösen Wirkungen hinweisen, die die verarbeitende Industrie Württembergs als hervorragendste Exportindustrie bei Aufrechterhaltung einer Sonderbelastung des Exportes erfahren müsse. U. a. macht die Stuttgarter Handelskammer darauf aufmerksam, daß auch die neutralen und die an der Lieferung von Rohstoffen interessierten Staaten durch die Verdrängung Deutschlands vom Weltmarkt betroffen und auch Rückschläge bei den Siegerstaaten nicht ausbleiben würden.

Ostpreußen und der Korridor.

Dr. Cremer, M. d. R.

Durch die Abtrennung Ostpreußens vom Reiche ist die Provinz in ihren Verkehrsbeziehungen zu Deutschland in die Stellung einer Kolonie gebracht worden und daraus ergibt sich eine erhebliche Erschwerung und Verteuerung sowohl für den Personenverkehr wie für den Güterverkehr zwischen dem Reiche und Ostpreußen. Die Provinz Ostpreußen ist durch ihre abgetrennte Lage zwar in allen Richtungen Mitträgerin der Lasten des Deutschen Reiches geblieben, kann dagegen an den Vorteilen der Zugehörigkeit zu einem großen geschlossenen nationalen und wirtschaftlichen Gebiete nur noch in beschränktem Umfange teilnehmen. Die Folge der augenblicklichen Verhältnisse ist die von landwirtschaftlicher Seite bereits öffentlich erörterte Verteuerung der Produktionsbedingungen und auf der anderen Seite die Erschwerung des Absatzes der ostpreußischen Produktion nach seinem früheren natürlichen Absatzgebiet im übrigen Deutschen Reich.

Eine Abhilfe kann nur geschaffen werden, wenn die künstlich unterbrochenen Verkehrsglieder zwischen dem Reiche und Ostpreußen für die Dauer des Bestehens des polnischen Korridors ihren Ersatz finden. Ebenso wie das Reich unter früheren Verhältnissen für den Personen- und Güterverkehr mit seinen überseeischen Kolonien gewisse Opfer durch die Einrichtung regelmäßiger Dampferverbindungen gebracht hat, um dadurch diese Glieder des Reichskörpers näher an sich heranzuziehen, wird auch für Ostpreußen eine dichtere Heranrückung an das Reichswirtschaftsgebiet um die Breite des polnischen Korridors das beste Mittel sein, den Stillstand der wirtschaftlichen Entwickelung und das Erkalten der kulturellen Beziehungen zum Reich zu verhindern.

Wenn das Reich sich dazu entschlösse, neben den Dampferlinien zwischen Königsberg und Stettin, die naturgemäß nur einen geringen Teil des Verkehrs in sich aufnehmen können, die Frachtentfernung zwischen dem Reiche und Ostpreußen um die Breite des polnischen Korridors zu kürzen, so würde dadurch der Personen- und Güterverkehr um die Kosten des Transports von Konitz bis Marienburg verbilligt werden und hierdurch eine Annäherung der Produktionsbedingungen Ostpreußens an das Reich dergestalt eintreten, daß Ostpreußen eisenbahnpolitisch gedacht unmittelbar an das übrige Reichsgebiet angrenzen würde. Die Kosten, welche für den Reiseweg von Personen und Gütern durch den Korridor entstehen, würden zu Lasten des Reiches zu gehen haben und könnten etwa in der Weise aufgebracht werden, daß auf den gesamten Personen- und Güterverkehr des Reiches

ein sogenannter Ostpreußen-Pfennig

als Zuschlag erhoben würde.

Da der Zeitaufwand des Weges durch den polnischen Korridor nur eine untergeordnete Rolle im Verhältnis zu den entstehenden Geldkosten spielt, so würde diese Maßregel den Erfolg haben, daß die kulturellen und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen dem Reiche und Ostpreußen in gleicher Weise wie vor dem Verluste des Korridors gepflegt werden könnten und somit die Entfremdung zwischen dem Reiche und Ostpreußen vermieden wird, die eine Folge der räumlichen Trennung zwischen dem Reiche und Ostpreußen werden könnte. Es wird die Aufgabe der Reichsregierung und der gesetzgebenden Körperschaften sein, rechtzeitig das hier angeschnittene Problem zu klären und damit praktisch wirksame Schritte für die schwergeprüfte und durch die Volksabstimmung des letzten Sommers in ihrem Deutschbewußtsein rühmlichst bewährte Provinz Ostpreußen zu tun.

Das Reichsmietengesetz.

Festsetzung einer gesetzlichen Miete.

Die Reichsregierung hat dem vorläufigen Reichswirtschaftsrat und dem Reichstag den Entwurf eines Reichsmietengesetzes zugehen lassen.

Der Entwurf gibt unter grundsätzlicher Aufrechterhaltung der Zwangswirtschaft auf dem Gebiete des Wohnungswesens feste Regeln für die Berechnung einer gesetzlichen Miete. Jeder Vertragsteil kann sich jederzeit auf die gesetzliche Miete berufen und dadurch bewirken, daß sie vom nächstzulässigen Kündigungstermin ab, bei grober Unbilligkeit auch schon früher, an die Stelle der vereinbarten Miete tritt. Für die Berechnung der gesetzlichen Miete wird von der im Juli 1914 vereinbarten Miete (Friedensmiete) ausgegangen. Eine Steigerung dieser Miete darf nur insofern erfolgen, als sie durch erhöhte Betriebs- und Instandsetzungskosten notwendig geworden ist. Die danach zulässigen Zuschläge zur Friedensmiete sollen von der obersten Landesbehörde oder von der Gemeindebehörde in Hundertsätzen der Friedensmiete allgemein festgesetzt werden.

Um die Ausführung notwendiger Instandsetzungsarbeiten zu sichern, wird dem Mieter das Recht eingeräumt, die Entscheidung einer unparteiischen Stelle anzurufen, die unter Umständen die Durchführung ihrer Anordnungen erzwingen kann.

Auch die Vornahme großer Instandsetzungsarbeiten darf eine unbillige Steigerung der Mieten nicht zur Folge haben. Durch Verteilung der Kosten auf eine längere Reihe von Jahren sollen die Mieter davor geschützt werden, größere Mehrbeträge auf einmal zahlen zu müssen; andererseits soll eine Ansammlung von Geldern in öffentlicher Kassen es dem Vermieter ermöglichen, die für große Instandsetzungsarbeiten erforderlichen Mittel tunlichst bald zu erhalten.

Der Entwurf bringt ferner Vorschriften über die Tätigkeit von Mietervertretungen, die dem Mieter zur Seite stehen sollen und denen in gewissen Fällen neben und anstelle des Mieters Antrags- und Aufsichtsrechte eingeräumt werden. Ueber die Kosten für Sammelheizung und Warmwasserversorgung und über die Berechnung der Miete im Falle der Untervermietung sind besondere Bestimmungen getroffen. Neubauten sollen regelmäßig den Vorschriften des Entwurfes nicht unterliegen, da hierdurch der Anreiz zur Bautätigkeit verringert werden könnte.

Politische Rundschau.

— Berlin, den 7. Februar 1921.

— Der Reichstag hat sich bis zum 23. Februar vertagt.

— Der badische Landtag hat den sozialdemokratischen Stadtrat von Freiburg i. Br., Wilhelm Engler, zum Arbeitsminister gewählt.

*

:: **Ueber drei Billionen Papiermark sollen wir der Entente zahlen!** Die neuen wahnwitzigen Forderungen der „siegreichen" Entente sind das Werk brutalster Blindheit. Man überlege sich nur einmal allein die phantastische Entschädigungsziffer! Die geforderten 42 Jahreszahlungen von 226 Milliarden Goldmark machen nach dem heutigen Geldstande eine Summe aus, die mehr als drei Billionen Papiermark betragen. Um diesen Betrag zu bezahlen, müßten je 20 Deutsche, vom Säugling bis zum Greis, während der kommenden 42 Jahre eine Million Papiermark aufbringen.

:: **Wirkung des Pariser Diktats auf den Brotpreis.** Im bayerischen Landtag erklärte Landwirtschaftsminister Wutzelhofer: Wenn das Unglück von Paris nicht gekommen wäre, so wären wir bei der günstigen Entwickelung unserer Valuta imstande gewesen, Brotgetreide zu einem Preise einzuführen, der sich nicht nennenswert über dem Inlandspreis bewegt hätte. Die Folgen des Pariser Diktats auf den Ankauf ausländischen Brotgetreides und damit vielleicht auch auf den Brotpreis lassen sich noch nicht übersehen.

:: **Wiedergutmachung und Kohlenmangel.** Im wirtschaftspolitischen Ausschuß des Reichswirtschaftsrats wurde bei Besprechung eines Antrages Richthofen auf Freigabe der Einfuhr von Auslandskohle darauf hingewiesen, daß den Landwirten Kohlen zum Drusch und sogar zur Viehfutterbereitung fehlen und die augenblicklichen Zustände einen weiteren Produktionsrückgang bedingen, der, durch Einfuhr ausgeglichen, mehr Devisen kosten würde, als eine Kohleneinfuhr heute. Die gleichfalls für den Antrag eintretenden Industrievertreter gingen von dem Gesichtspunkte aus, daß die Kohlenknappheit für die Industrie nach dem Abkommen von Spa groß und eine Kohlennot zu befürchten sei, so daß die Auslandskohle trotz ihres hohen Preises hereingelassen werden sollte, um die Vollbeschäftigung der Industrie zu erreichen, die anderseits Vorbedingung für die Erfüllung des Friedensvertrages ist. Der Ausschuß wird die dringliche Frage beschleunigt weiterberaten. — Auch im Reichstage ist eine deutschnationale Anfrage eingegangen. Sie stellt fest, daß die elektrischen Ueberlandzentralen der Provinz Sachsen durch den Reichskohlenkommissar in den letzten Monaten so schlecht mit Kohlen versorgt worden sind, daß die angeschlossenen landwirtschaftlichen Betriebe nur einen kleinen Teil des vorhandenen Brot-

getreides bisher ausdreschen konnten. Die Anfrage erkundigt sich, was die Regierung zur Aenderung dieses unsere Lebensmittelversorgung schwer schädigenden Notstandes zu tun gedenkt.

:: **Französische Vergnügungsspionage.** Wie die „München-Augsburger Abendzeitung" erfährt, hat die französische Regierung ihre Agenten in Deutschland angewiesen, regelmäßig über in Deutschland stattfindende Vergnügungen und Festlichkeiten zu berichten. Man will offenbar Material dafür sammeln, daß, so lange Deutschland noch Geld für Vergnügungen habe es keinen Grund hat, sich den Forderungen der Pariser Beschlüsse zu entziehen.

:: **Ein Zeichen beginnender Einsicht!** Zwischen der deutschen und der englischen Regierung war ein Schiedsvertrag über die Auslegung einer Bestimmung des Friedensvertrages vereinbart worden. Es handelte sich um die Frage, ob britische Untertanen verlangen können, daß liquidierte Vermögensstücke, soweit sie noch in etwa vorhanden sind, zurückgegeben werden müssen. Die deutsche Regierung begrüßte dies, während die englische Regierung sich auf einen ablehnenden Standpunkt stellte. Jetzt hat England mitgeteilt, daß es auf den Schiedsspruch verzichte und sich der deutschen Auffassung anschließe.

Vorbereitungen für London.

Ministerkonferenz in Berlin.

Die Vorbereitungen für die Londoner Konferenz sind in vollem Gange. Sonnabend vormittag begann in der Reichskanzlei die Konferenz zwischen der Reichsregierung und den nach Berlin eingeladenen Ministerpräsidenten sämtlicher deutschen Bundesstaaten. Den Vorsitz führt Reichskanzler Fehrenbach. Neben den Ministerpräsidenten werden auch der Reichspräsident und sämtliche Reichsminister der Konferenz beiwohnen. Beratungsgegenstand ist die Note der Alliierten in ihrer Gesamtheit. Demnach wird sowohl die Entwaffnungsforderung als auch die Entschädigungsfrage besprochen. Außenminister Simons erstattet Bericht über die durch die Pariser Beschlüsse geschaffene Lage, besonders soweit durch sie die Einzelstaaten berührt werden. Alsdann wird das Aktionsprogramm für die bevorstehenden Verhandlungen mit den Alliierten genau festgelegt worden.

Wie der „Berliner Lokalanzeiger" erfährt, vertritt die Reichsregierung die Ansicht, daß beide Noten gesondert beraten werden müssen. Im Gegensatz hierzu befindet sich der bayerische Ministerpräsident von Kahr. Er ist der Meinung, daß die Entwaffnungsnote nicht von der Reparationsnote getrennt werden kann, und daß beide Noten als Ganzes behandelt werden müssen. Er hat von seiner Regierung die Instruktion erhalten, gegen die Noten in ihrer Gesamtheit zu protestieren. Die bayerische Regierung weist auch die Entwaffnung energisch zurück.

Reichspräsident Ebert empfing am Vormittag den Staatssekretär Bergmann, der ihm über seine Verhandlungen in Brüssel und Paris eingehenden Bericht erstattete.

Die Ententebotschafter im Auswärtigen Amt.

Reichsminister des Auswärtigen Dr. Simons hat Freitag mittag den Besuch des englischen Botschafters Lord d'Abernon empfangen. Auch der französische Botschafter Laurent, der am Sonnabend nach Paris abgereist ist, hat dem Minister einen Besuch abgestattet. Beide Botschafter haben bekanntlich an der Pariser Ministerkonferenz teilgenommen.

Die Einladung nach London.

Anläßlich seines Besuches bei Minister Simons hat der französische Botschafter im Auftrag des Präsidenten der Pariser Konferenz mündlich die Einladung übermittelt, am 1. März Delegierte nach London zu senden. Minister Dr. Simons hat sich die Antwort vorbehalten.

Reichsminister Simons bleibt fest.

In einer Unterredung mit dem Vertreter der New-Yorker Hearst-Presse erklärte der Außenminister Simons, daß er nicht länger im Amte bleiben werde, wenn die deutsche Regierung auch nur ein Jota von der Erklärung abweicht, die er im Reichstage in ihrem Namen abgegeben habe, daß nämlich die Pariser Beschlüsse für Deutschland unannehmbar sind. Auf die Frage, was geschehen würde, wenn die Alliierten die Zwangsmaßnahmen ergreifen, erwiderte Simons: „Dann müssen wir eben für einige Zeit leiden und das Leid ertragen." Schließlich bestätigte der Minister, daß er sein Rücktrittsgesuch zurückgenommen habe, weil das gesamte Kabinett sich mit ihm solidarisch erklärt habe.

Tardieu gegen Briand.

Scharfe Kritik in der französischen Kammer.

Die französische Regierungserklärung über die Pariser Abmachungen hat in der Kammer äußerst kühle Aufnahme gefunden. Im Verlauf seiner Rede blieb jedes Beifallszeichen aus, während die überaus heftige Kritik des Nationalisten Tardieu von der Kammermehrheit mit ostentativem Beifall aufgenommen wurde; ein deutliches Zeichen dafür, wie wenig das Parlament mit den „Erfolgen" Briands auf der Pariser Konferenz zufrieden ist.

Tardieus Forderungen gehen selbstverständlich noch weit über die Pariser Beschlüsse hinaus. Er führte lebhafte Klage darüber, daß die Forderungen Frankreichs durch das Abkommen auf 71 Milliarden Goldmark herabgesetzt seien an Stelle von 212 Milliarden, die es zu verlangen habe. Der zweite Vorwurf Tardieus richtet sich dagegen, daß Briand bei den Verhandlungen mit den Alliierten keine „Verbesserungen" des Versailler Vertrages und keine neuen Garantien erzielt habe. Man hätte

ein allgemeines Pfand auf den gesamten Besitz Deutschlands

nehmen müssen; man hätte das Budget, die Finanzen, den deutschen Handel genau kontrollieren und nachher die Jahresraten im ungefähren Betrage von 4 Milliarden Goldmark verlangen müssen.

Tardieu beschwor das Parlament, der französischen Regierung klar zu sagen, — damit die englische Regierung es auch wisse —, daß das Gefühl des Landes keine Konzessionen mehr dulde. Er beendete seine Rede mit der Aufforderung an die Kammer, ihren Willen dahin kundzugeben, daß sie das Abkommen von Paris nicht annehme und die Wiederaufnahme der Verhandlungen wünsche.

Briand verteidigt sich.

Nach Tardieu bestieg Briand die Tribüne und sagte, daß er sich gefreut habe, als er hörte, Tardieu wolle interpellieren, da Tardieu ein Mitarbeiter des Versailler Vertrages gewesen sei. Tardieu kannte also ganz die Fehler und die Schwächen dieses Vertrages und man durfte wohl hoffen, daß dieser Mann eine Nachsicht (!) zeigen würde für denjenigen, der die Ausführung des Vertrages verwirklichen sollte. Tardieu habe aber bloß kritisiert. Gewiß binde das Abkommen von Paris nicht die Kammer. Die Kammer habe also das Recht, die Revision zu verlangen.

Briand verteidigte dann in längeren Ausführungen die Haltung der Regierung auf der Konferenz. Während der Friedensvertrag von Versailles nur Zölle auf gewisse Produkte vorsehe, handele es sich jetzt um allgemeine Zölle und um die Zollkontrolle im Rheinland. Heute befinde man sich einer Gesamtheit von Zwangsmaßnahmen gegenüber, die in die Erscheinung treten würden, wenn Deutschland in der Entwaffnungsfrage oder in der Frage der Zahlungen in Verzug gerate. Die Kammer müsse entscheiden, ob das ein beträchtliches Ergebnis sei. Man habe Deutschland die Zwangsmaßnahmen nicht notifiziert, weil sie eine Angelegenheit der Alliierten seien und Deutschland nichts angingen.

Es habe sie nicht zu diskutieren. Wenn nach dem Abkommen von Paris die Deutschen seiner Ausführung Hindernisse entgegensetzten, dann werde die jetzige Regierung ihre Pflicht erfüllen, und die Kammer könne sicher sein, daß das mit aller erforderlichen Strenge geschehe.

Die jetzige Regierung habe das Möglichste getan. In allen Fragen habe sie Befriedigung erhalten. Jetzt gehe sie nach London. Er könne aber nicht dorthin gehen, ohne die Autorität zu haben, im Namen Frankreichs zu sprechen.

Die Landwirtschaft gegen die Hafer-Zwangsumlage.

Das Bekanntwerden des Beschlusses der Reichsregierung, eine Haferzwangsumlage aufzulegen, hat in allen Teilen des Reiches Stürme der Entrüstung hervorgerufen und schärfsten Widerspruch ausgelöst. Das ist erklärlich. Durch die Freigabe des Hafers im Wirtschaftsjahr 1919/1920 mußten die Landwirte unbedingt auf die Freilassung dieser Frucht in dem jetzt laufenden Wirtschaftsjahr rechnen. Durch die erneute Hereinnahme in die öffentliche Bewirtschaftung wurden sie bitter enttäuscht, gaben sich aber mit der durch die Reichsgetreideordnung für 1920/21 zugesicherten freien Verfügung in der eigenen Wirtschaft im allgemeinen zufrieden. Die jetzt angeordnete Haferzwangsumlage raubt den Landwirten erneut jedes Zutrauen zu der Zuverlässigkeit und Stetigkeit von Regierungsverordnungen.

Aber ganz abgesehen davon, daß mit diesem Vorgehen der Reichsstellen die Zwangswirtschaft wieder in verschärfter Form aufgerichtet wird, ist auch der Erfolg der angeordneten Maßnahmen angesichts des schon weit vorgeschrittenen Wirtschaftsjahres stark in Zweifel zu ziehen. Ein Erfolg der Umlage ist nur möglich, wenn sie feststeht, ehe die Verwertung der Ernte begonnen hat. Die Gründe für den Mißerfolg der Umlage im vergangenen Jahre lagen in der willkürlichen Durchführung der Regierungsanordnungen durch die nachgeordneten Behörden. Man hatte für 1919 die Umlage nur nach der Fläche gewählt und bestimmt, im allgemeinen über eine Leistung von zwei Zentnern für den Morgen nicht hinauszugehen. Statt einer sachverständigen Verteilung auf Grund dieser Vorschriften wurde durch unsachverständige behördliche Bestimmungen der Willkür Tür und Tor geöffnet, so daß statt der angeordneten zwei Zentner häufig bis zu fünf Zentnern und noch mehr pro Morgen umgelegt wurden oder der Versuch zur Umlage gemacht wurde.

Bei der jetzigen Umlage dürften die Schwierigkeiten erheblich größer sein, trotzdem diesmal nicht lediglich nach der Fläche umgelegt werden soll, sondern der Ertrag der Ernte, der Viehstand und überhaupt die gesamten wirtschaftlichen Verhältnisse bei Festlegung der Höhe der Umlage berücksichtigt werden sollen. Die Hauptschwierigkeit der Durchführung des Verfahrens liegt jetzt darin, daß die Landwirte einen großen Teil ihres Hafers bereits verfüttert haben, auch wegen des überaus schweren Auftretens der Maul- und Klauenseuche verfüttern mußten, und vor allem darin, daß sie ihre ganze Wirtschaftsweise auf die freie Verfügung ihrer diesjährigen Haferernte eingestellt haben. Fand der Hafer früher in der Hauptsache zur Pferdefütterung Verwendung, so muß er heute auch noch in erheblichem Umfange als Ersatzmittel für andere Futtermittel, insbesondere auch für die beschlagnahmte Gerste dienen.

Die Möglichkeit der Herausholung von Haferbeständen kann daher nur darin liegen, daß an Stelle von Hafer den Landwirten verbilligter Mais in reichlichen Mengen auf Grund des Nährstoffgehaltes im Vergleich zum Nährstoff und Preis des Hafers zur Verfügung gestellt wird, ein Verfahren, das den Landwirten seit längerer Zeit versprochen, aber aus unbegreiflichen Gründen bis heute noch nicht ausgeführt ist.

Spitzen.

Roman von **Paul Lindau.**

Copyright 1920 by Wiemanns Zeitungsverlag, Berlin W 66.

II.

Das Palais des Grafen von Ifeneck lag in der Wilhelmstraße; hinter dem schönen Hause, das aus dem vorigen Jahrhundert stammte, in der Gründerzeit aber von einem reichgewordenen Börsenmanne umgebaut und von diesem, nachdem er sein schnell erworbenes Vermögen ebenso schnell wieder verloren hatte, an den Präsidenten verkauft worden war, dehnte sich ein mächtiger parkartiger Garten bis zum Tiergarten, der durch eine hohe massive Mauer abgesperrt war. Ein zweiflügliger Torweg, aus starken, hohen, gespitzten Eisenstäben gebildet und mit einem amerikanischen Schnepperschlosse, das ein ganz kleiner, flacher, ausgezackter Schlüssel öffnete, geschlossen, führte zur Königgrätzerstraße. Dieser Ausgang wurde nur selten benutzt.

Das Haus selbst bestand aus zwei Seitengebäuden, die bis zur Fluchtlinie der Wilhelmstraße vorsprangen und einen viereckigen Vorhof rechts und links umsäumten, und dem Hauptquergebäude, das sich hinter diesem Vorhof erhob.

Im Erdgeschoß des rechten Seitenflügels waren die Bureaus des Präsidenten, die an dessen Arbeitszimmer im Hauptgebäude anstießen; gegenüber im Erdgeschosse des linken Flügels befanden sich wenig benutzte Fremdenzimmer und ein gar nicht benutztes Billardzimmer. Im Quergebäude der Wilhelmstraße zu waren im Erdgeschoß außer dem Arbeitskabinett des Präsidenten ein Empfangsraum für dienstlichen Besuch und der Speisesaal.

Die Parterreräume des Hauptgebäudes, welche dem Park zu lagen, waren so verteilt: rechts, an das Arbeitszimmer anstoßend, waren das Schlaf- und Toilettenzimmer des Grafen, daneben in der Mitte lag ein stattlicher Saal, in dem die Gräfin fast ausschließlich verweilte, und an diesen stieß links ein einfenstriges Toilettenzimmer, in dem ein älterer feuerfester Schrank aufgestellt war. Juliane verwahrte in diesem ihren kostbaren Schmuck, ihre Juwelen und Spitzen.

Das sehr geräumige Mittelzimmer hatte zwischen zwei mächtigen Fenstern eine breite Flügeltür, durch die man auf eine große mit Asphalt belegte Veranda gelangte; geradezu auf den breiten Mittelweg, der in gerader Linie auf den Ausgang nach der Königgrätzerstraße lief; da mündeten auch verschlungene Seitenpfade, die auf reizvolleren Umwegen unter den Wipfeln uralter Bäume vom Palais zum Tiergarten leiteten.

In diesem großen hellen Raume, dem sogenannten „Parkzimmer", verbrachte Juliane den größten Teil des Tages und die ganze Nacht. Da stand, von schweren Portieren umschlossen, in einem durch eine hohe spanische Wand abgezweigten besonderen Raume ihr Bett; da am Fenster ihr Schreibtisch, unweit der Gartentür in der Mitte des Zimmers ein herrlicher Steinway-Flügel, ein Hochzeitsgeschenk der Fürstin Karola, die das kostbare Instrument eigens aus Neuyork verschrieben hatte, um dadurch — freilich mit geringer Hoffnung auf Erfolg — den Eifer ihrer musikalisch sehr veranlagten Nichte einigermaßen anzuregen; da war auch, am anderen Fenster, das Tischchen mit dem Klöppelpolster und einer angefangenen Arbeit, die in den letzten Monaten nur um wenige Zentimeter vorgerückt war. Im übrigen war der große Raum noch mit Möbeln und Gerätschaften aller Art überfüllt. Ueberall waren behagliche kleine Winkel gebildet. Kunstgegenstände aller Art standen umher.

Nur ungern entschloß sich die Gräfin dazu, dieses gemütliche Zimmer, das sie als ihr eigentliches Reich betrachtete, zu verlassen; hier empfing sie daher auch den Besuch der intimeren Freunde des Hauses. Es kostete sie immer eine gewisse Ueberwindung, wenn sie zum oberen Stock hinaufkletiern mußte, in dem sich die wirklichen Empfangs- und Gesellschaftsräume mit dem hohen schönen Tanzsaal, der die ganze Tiefe des Hauptgebäudes von der Wilhelmstraße bis zum Parke einnahm, befanden.

Ihr Zimmer war schon gemütlich, aber ihr Leben war es nicht. Es hatte sich im Gegenteil für Julianen so unbefriedigend und unerquicklich wie nur möglich gestaltet. Die neunzehnjährige Juliane hatte ihre Vermählung als den Beginn des rechten Lebens auffassen müssen; sie wußte zwar ganz genau, daß sie sich nicht mit einem jungen Springinsfeld zu jugendtoller Lustbarkeit verbunden hatte — danach verlangte sie auch gar nicht — aber sie wähnte allerdings, daß ihr Mann das Verständnis dafür besitzen werde, wie ihre Jugend zur Entfaltung ihrer Triebe und Blüten des Sonnenscheins, der lichten Freude und des frohgemuten Genießens bedürfe. Der Ernst hatte sie zusammengeführt und einander sympathisch nahe gebracht; nun, meinte sie, werde die Heiterkeit das Werk der innigen Einigung krönen. Da aber wurde ihr die bitterste Enttäuschung bereitet!

Vor dem Alter selbst hatte Juliane sich nicht gefürchtet; Onkel Engelbert war ja auch kein Jüngling mehr, und mit diesem hatte sie sich ja in allem Wesentlichen vortrefflich verständigt; er besaß das volle Verständnis für sie, sie bewegten sich auf demselben Gebiete und hatten — trotz des erheblichen Unterschiedes der Jahre — doch ungefähr denselben Gesichtskreis. Der Graf aber war und blieb — wie sie erst jetzt bemerkte — — ihr unerreichbar fern. Er stand über ihr und machte nicht den geringsten Versuch, zu ihr herabzusteigen.

Sie wollte mit dem Leben anfangen, und er war damit fertig.

Was sie zu erlangen erstrebte, hatte sie längst überwunden. Sie war begierig, er übersättigt. Sie fühlte sich frisch und sehnte sich nach Anstrengungen, er war ermattet und ruhebedürftig.

Sie war heiter, und er war ernst — und das war es, was die zwischen ihnen klaffende Kluft zu einer unüberwindlichen machte; denn mit dieser völligen Ungleichheit des Grundtons ihrer Charaktere war ihnen das Mittel zur Verständigung und Aussöhnung entzogen.

Graf Albrecht lebte vor allem, lebte fast ausschließlich der strengen Erfüllung seiner Pflicht; und die Pflichten seines Berufes erachtete er mit den Bureaustunden nicht als abgetan. Abgearbeitet, mit schwerem Kopfe, mit gefurchten Brauen und fest zusammengekniffenen Lippen kam er mit seiner Frau zusammen, die eben einen Besuch gemacht oder empfangen, den neuesten Salonklatsch gehört und nun das dringende Bedürfnis hatte, ihn lachenden Mundes weiter zu erzählen. Er hörte sie kaum, er dachte an ganz anderes, er achtete nicht auf den Sinn ihrer Worte, er hörte nur die Laute wie das Geschwätz eines törichten Kindes.

Nachdem aber die Gewöhnung des längeren Beisammenseins den Zwang aufgehoben hatte, machte er kein Hehl daraus, daß dies Geschwätz über allerlei Nichtigkeiten ihn störte und verdroß. Er saß seiner Frau gegenüber, ohne eine Miene zu verziehen, wie eine steinerne Bildsäule, und Juliane empfand deutlich, und es verletzte sie tief, daß ihr Lachen ihm unangenehm war. Sie fühlte sich eingeschüchtert, von der steinernen Kälte des Grafen angefröstelt. Sie langweilte sich, wurde wortkarg und verstimmt.

So verbrachte sie eine für sie lange Zeit als stumme Dulderin.

Eines Tages aber, wiederum bei einem geringfügigen Anlasse, bäumte sich die gewaltsam niedergedrückte Jugend in ihr auf. Sie wurde aufsässig, heftig, trotzig. Ihre dunkeln Augen füllten sich mit Tränen der Entrüstung.

„Du behandelst mich schlecht!" rief sie in bebender Erregung. „Du hast mich hintergangen — ja wohl, hintergangen! Wenn du es dir nicht selbst schon gesagt hast, so muß ich es dir sagen. Ich bin nicht deine Frau geworden, um mir bloß Wohnung und Nahrung von dir gewähren zu lassen, und dafür den teuersten Preis zu zahlen: meine Lebensfreudigkeit, meine Jugend! Ich habe höhere Rechte an dich, und wenn du diese verweigerst, wie bisher, so hast du mein Ver-

Aus all diesen Erwägungen fordert z. B. der Reichsbund, daß die verordnete Zwangsumlage für Hafer alsbald wieder aufgehoben wird, um so mehr, als gerade diese Zwangsmaßnahme besonders produktionshemmend wirkt. Nicht unerwähnt kann dabei bleiben, daß es durch diese Verordnung außerordentlich schwer gemacht wird, die Aufklärungstätigkeit für die Ablieferung von Brotgetreide mit Erfolg fortzusetzen.

Eine Möglichkeit unserer Getreidewirtschaft 1921.

Während die Zwangswirtschaft unsere Getreideerzeugung dauernd zurückgehen ließ, hat die Freigabe der Wirtschaft bei Hülsenfrüchten, Kartoffeln, Fleisch und anderen Erzeugnissen eine sehr erhebliche Produktionssteigerung zur Folge gehabt. Es ist daher nicht eben verwunderlich, daß in der Landwirtschaft Stimmen laut werden, die die unverzügliche Freigabe des Brotgetreides fordern. Das gibt zu denken. Zunächst würde das Heraufschnellen der freien Getreidepreise auf die Weltmarkthöhe eine ganz wesentliche Erhöhung der jetzigen Zwangspreise zur Folge haben. Die hierdurch heraufbeschworene Krisis ließe sich vielleicht noch ertragen, wenn es bei ihrer Ueberwindung sein Bewenden hätte. Ein Ende der großen Schwankungen der Valuta und der gesamten internationalen Wirtschaftsbeziehungen ist zurzeit jedoch noch in keiner Weise abzusehen, sodaß eine Angleichung der Getreidepreise an die Weltmarktpreise die Landwirtschaft vorläufig noch den Weltmarkterschütterungen preisgeben würde. Die Landwirtschaft ist an sich schon in viel höherem Maße wie jeder andere Gewerbezweig unvorhergesehenen Einflüssen (Witterung, Seuchen usw.) ausgesetzt. Kämen die Weltmarktstürme hinzu, so hätte der Bauer bei der Feldbestellung überhaupt keine Kalkulationsmöglichkeit mehr, wie er seine Ernte verwerten kann. Die Verhältnisse liegen also so, daß eine beschränkte Zwangswirtschaft landwirtschaftlicher Erzeugnisse beibehalten werden muß, bis sich der Weltmarkt einigermaßen beruhigt hat.

Aus Stadt und Land.

** **Vom Krankenlager der Kaiserin.** Der jüngste ärztliche Bericht über das Befinden der Kaiserin lautet: „Vermehrte Unruhe und zeitweilig auftretende Depressionen bilden die zurzeit am meisten hervorstechenden Symptome. Während aber die äußeren Krankheitserscheinungen einem häufigen Wechsel unterworfen sind, bleibt der Zustand im großen der eines quälenden Siechtums mit zwar stetigem, aber langsamem Kräfteverfall und ist unverändert ernst zu beurteilen."

** **Wieder ein Bergwerksunglück.** Auf der Schachtanlage 1—3 der Zeche „Mont Cenis" in Herne (Westf.) ging ein Pfeiler zu Bruch. Der Steiger Paul Stahl und vier Bergleute wurden verschüttet. Die Rettungsarbeiten sind sofort aufgenommen worden, doch ist von den Verschütteten kein Lebenszeichen zu vernehmen. Es ist anzunehmen, daß alle tödlich verwundet sind.

** **München unter Karnevalsverbot.** In München haben trotz des Lustbarkeitsverbots die Bankbeamten, die Artisten und die Gastwirtsangestellten ihre vorgesehenen Bälle abgehalten. Nur die Wiederholung des Filmballes unterbleibt. Die Ballveranstalter erhalten Strafbefehle.

** **Millionensteuerhinterziehung eines Hamburger Kaufmanns.** Die Untersuchung gegen den Kaufmann Spiro in Hamburg, der in die Kapitalverschiebungsaffäre des Bankhauses Busse u. Comp. in Berlin verwickelt ist, ist jetzt abgeschlossen. Spiro und seiner Frau, die auf der Haft entlassen sind, sind umfangreiche Steuerhinterziehungen nachgewiesen. Die dem Staat verfallenen Beträge in Berlin betragen Millionen.

** **Ueber 100 Rinder und Schafe verbrannt.** Bei dem Brande eines großen Viehstalles auf dem Gut Bolbarst bei Scheneseld (Schleswig-Holstein) sind 63 Rinder und 86 Schafe verbrannt. Zwei Schweizer wurden wegen Verdachts der Brandstiftung festgenommen.

---

trauen mißbraucht. Ich will mir meine Lebensluft nicht verkümmern lassen, ich will es nicht! Und wenn du nicht gemeinsame Sache mit mir machen willst, so werde ich allein dafür sorgen, daß sie mir erhalten bleibt. Du bist ein Beamter der Gerechtigkeit! Du würdest wohl daran tun, dich weniger um die allgemeine Gerechtigkeit zu sorgen, und etwas mehr um deine besondere — mir gegenüber."

„Ich fürchte, ich habe einen verhängnisvollen Irrtum begangen," versetzte der Präsident nach einer langen Pause, die er absichtlich hatte eintreten lassen, um seiner Frau Zeit zu lassen, sich einigermaßen zu beruhigen.

Aber diese fiel ihm schnell ins Wort: „Eine Sünde!" rief sie, indem sie ihre Stimme noch mehr erhob. „Du hast dich an mir versündigt, mich zu heiraten!"

„Dann habe ich jedenfalls schwer dafür zu büßen," entgegnete der Graf langsamer und nachdrücklich und verließ das Zimmer.

Etwas nach sechs Uhr, als er im Begriffe stand, seine Arbeitsmappe einzuschließen, und sich zum Diner fertig zu machen, überbrachte ihm der Diener ein verschlossenes Billet.

„Ich habe dich nicht stören wollen," schrieb Juliane. „Bitte, entschuldige mich für heute! Irene von Proß hat mich in ihrem Coupee abgeholt und mich so dringend gebeten, sie in ihrer Strohwitwerschaft zu trösten, daß ich nicht habe widerstehen können. Ich esse bei ihr, nachher fahren wir zur Oper. Vielleicht holst du uns ab. Juliane."

Der Präsident holte seine Frau in der Tat aus der Oper ab. Auf dem Heimwege sprach er kein Wort. Juliane hatte beinahe gehofft, daß er ihr wegen ihrer Eigenmächtigkeit Vorwürfe machen würde. Sie hatte sich noch auf so viel besonnen, was sie ihm hatte sagen wollen, in der ersten Aufregung aber vergessen hatte, ihm zu sagen. Sie wartete auf eine passende Gelegenheit dazu. Sie wartete vergeblich.

Julianens Worte hatten doch einen tiefen Eindruck auf ihn gemacht. Er mußte ihr recht geben — — sogar in der Hauptsache. Sie war allerdings durch ihre Jahre befugt, Forderungen an ihn zu stellen, die er nicht erfüllt hatte, die zu erfüllen seinem innersten Wesen widerstand.

Gerichtssaal.

‡ **Acht Millionen unterschlagen.** Vor der Berliner Strafkammer hatte sich der 62jährige Bankbeamte Gehricke, der dreißig Jahre lang seinen Posten in einem Bankhause einwandfrei versehen hatte, dann jedoch von einem jungen Verschwender Stempel verführt worden war, wegen großer Millionenunterschlagungen zu verantworten. Der Angeklagte war beschuldigt, dem Bankhause Bleichröder eine Summe von 8 Millionen veruntreut zu haben. Er hatte sich zu allerlei Schiebergeschäften verleiten lassen. Als sein eigenes Vermögen nicht mehr ausreichte, vergriff er sich an den Depots des ihm unterstellten Tresors. Während er selbst sehr einfach lebte, gab sein „Sozius" das Geld mit vollen Händen aus. Bei Hamburger Rennen bewohnte Stempel in einem dortigen Hotel die sogenannten Fürstenzimmer. Er kaufte 44 Rennpferde, engagierte Jockeis und Trainer, hatte einen ständig reservierten Stammtisch in einem bekannten Kabarett, wo er viele Tausende für Sekt auszugeben pflegte. Gehricke wurde zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt, Stempel, der wegen Hehlerei angeklagt ist, war nicht zum Termin erschienen.

‡ **Zum Tode verurteilt.** Das Volksgericht in Nürnberg verurteilte den Tagelöhner Heinrich Haag, der seinen fünfjährigen Sohn ertränkte und an seiner 18jährigen Stieftochter Blutschande verübte, zum Tode.

Die Ueberraschung von Paris.

Was wollen sie eigentlich?

!! Wer gern Rätsel knackt, findet jetzt reichlichen Stoff in der Politik. Warum hat man in Paris erst fünf Tage sich gestritten und am sechsten Tage sich „geeinigt" auf einen maßlosen und überhasteten Beschluß? Was haben die einzelnen Teilnehmer gedacht und bezweckt? Sind das Propositionen (Vorschläge), wie das Begleitschreiben sie höflich nennt, oder sollen es unabänderliche Diktate sein, wie die nachfolgenden Kammerreden und Preßergüsse glauben machen wollen? Alles ist noch unklar und zweifelhaft.

In Frankreich hatte jüngst ein Ministerwechsel stattgefunden; in England aber regiert nach wie vor der alte Lloyd George. Trotzdem ist die französische Politik durchsichtiger und beharrlicher, als die englische. Die Franzosen wollen Geld haben, möglichst viel und möglichst schnell; sie möchten auch recht viel deutsches Land behalten oder noch besetzen, sie lieben die Gewalt und wollen nicht erst prüfen und verhandeln. Darum haben sie die versprochene Genfer Konferenz, bei der die deutschen Minister mit am Tische sitzen sollten, zielbewußt verschleppt, und während die beiderseitigen Sachverständigen in Brüssel fleißig an der Arbeit waren, veranlaßten die Franzosen die einseitige Konferenz in Paris, um über den Kopf der Sachverständigen und der deutschen Minister hinweg die Verbündeten festzulegen.

Das ist für uns nicht erfreulich, aber verständlich. Rätselhaft bleibt dagegen die Nachgiebigkeit Englands, der „Umfall" von Lloyd George. Der ist so auffallend, daß sogar die Ansicht aufgetaucht ist, die ganze Pariser Konferenz sei ein abgekartetes Spiel gewesen; Lloyd George habe von Anfang an nichts anderes beabsichtigt, als was er schließlich angenommen, und sein Widerspruch in den ersten Tagen sei nur Spiegelfechterei gewesen. Das ist jedoch unwahrscheinlich; denn dazu waren die kritischen Bemerkungen des englischen Machthabers zu scharf. Es ist eher anzunehmen, daß er im Laufe der Konferenz zu einer Schwenkung veranlaßt wurde. In dieser Hinsicht konnten drei Momente mitwirken. Erstens die Erkenntnis, daß Frankreich in seiner Beutegier zum äußersten fähig sei und also die ganze Entente auf dem Spiele stehe. Zweitens der Hinblick auf Nordamerika, wo am 4. März der neue Präsident sein Amt antritt. Wenn er der Welt Ueberraschungen bereiten will, so muß besonders England auf dem Posten sein, das mit der großen Macht der Vereinigten Staaten den politischen und wirtschaftlichen Wettbewerb zu bestehen hat. Es wäre also für England gewagt, gerade jetzt seine europäischen Bundesgenossen sich zu entfremden. Drittens kann bei Lloyd George wohl die Erwägung mitgewirkt haben, daß Deutschland sich doch sträuben werde gegen die Pariser Zumutungen, und also wieder Verhandlungen stattfinden müßten, bei denen sich der richtige Mittelweg wieder finden ließe.

Der bevorstehende Präsidentenwechsel in Nordamerika darf keinesfalls bei der Rätsellösung übersehen werden. Er kann auch die Eile erklären, mit der man die Pariser Konferenz betrieben hat und ihre Krönung durch die Londoner Konferenz betreiben will. Letztere ist bereits auf den 28. Februar anberaumt, obschon die wenigen Wochen zur gründlichen Vorbereitung der schwierigen Sache keineswegs ausreichen. Der Termin ist gerade so gewählt, daß bis zum Beginn der Wirksamkeit des neuen Präsidenten Harding sich noch vollendete Tatsachen schaffen lassen.

Dazu würde freilich die Unterschrift Deutschlands gehören, und die wird nur zu erlangen sein, wenn man den Beschluß von Paris wieder gründlich umgestaltet. Denn im Gegensatz zu den Rätseln und Nebeln auf der Gegenseite ist die deutsche Politik zurzeit ganz klar und unzweifelhaft. Die Herrschaften in Paris hätten vielleicht uns in Verlegenheit bringen können, wenn sie mit schlauer Mäßigung vorgegangen wären. Doch in ihrer Hitze und Hast haben sie die blanke Unmöglichkeit gefordert, woraus sich mit naturgesetzlicher Zwangsläufigkeit eine Eintracht und Entschlossenheit ergeben hat, wie sie in Deutschland bisher nicht landesüblich war.

So wird Deutschland berufen, das fortzusetzen, was Lloyd George vor seinem Umfall angebahnt hatte: nämlich die Erziehung der Franzosen zu einer vernünftigen Realpolitik. Auf seine warnenden Worte wollten die Hitzköpfe nicht hören; jetzt müssen sie aus der Tatsache lernen, daß alles seine Grenzen hat, auch die Dienstwilligkeit und Geduld der Deutschen.

Man sagt, Probieren geht über Studieren. Die politische Probe, die jetzt veranstaltet wird, kann uns freilich viel Drangsal und Schmerzen bringen, aber das müssen wir hinnehmen; denn auch unsere Unterwerfung würde das Unheil nicht abwenden, sondern höchstens etwas verzögern und dabei noch verschärfen. Die Probe auf das Exempel der Franzosen gibt noch Raum für eine Besinnung in letzter Stunde. Sie muß durchgehalten werden, damit wir und die übrige Welt aus dem Schrecken ohne Ende herauskommen.

Aus Stadt, Kreis und Provinz.

- **Steinheim,** 8. Februar.

*— Vier neue **Bronzeglocken** für die hiesige katholische Pfarrkirche sind von der Stadtverwaltung der Glockengießerei Humpert in Brilon in Auftrag gegeben worden. Voraussichtlich sind dieselben im Monat August fertig und werden dann zur Feier des Mariä Himmelfahrts- und St. Rochus-Festes einladen.

* * *

(Eingesandt.)

Daß in der Gemeinde Rolfzen viel Geld steckt, hat man bei der Versteigerung des Brennholzes aus dem Rolfzener Gemeindewald am Sonnabend wahrgenommen; die ersten zwei Raummeter erbrachten den ungeheuren Preis von 236 Mark. Bei diesem Gebot war vorauszusehen, daß die minderbemittelte Bevölkerung, die die „Papierlappen nicht so dick" liegen haben, am letzten Ende das Brennholz nicht bekommen hätten. Es entstand ein gerechter Ansturm der Entrüstung, in deren Verlauf der Verkauf des Holzes eingestellt werden mußte. Im weiteren Verlaufe wurde ein Zustandekommen erzielt, daß nun jede Familie in den nächsten Tägen mit einem Raummeter Brennholz für den Preis von ca. 30 Mark bedacht werden soll. Bei der letzten Gemeinderatswahl glaubten die ärmeren Volksklassen gerecht eintretende Vertreter aufgestellt und gewählt zu haben. Das Vertrauen zu diesen wurde in Berührung dieser Angelegenheit nun aber gänzlich „zu Grabe" getragen. Hätten dieselben nur einigermaßen das Wohl und Wehe ihrer Wähler im Auge gehabt und den gerechten Standpunkt vertreten, dann wären vorkommende Auftritte dadurch vermieden worden. Es war vorauszusehen, daß bei einer öffentlichen Versteigerung die unbemittelten Familien von den mit irdischen Gütern besser gestellten ständig überboten wurden; daher war es Pflicht, daß die Vertreter vorher in der Sitzung für eine gerechte Verteilung des Holzes eingetreten wären, um einen öffentlichen Verkauf von vornherein energisch zu bekämpfen.

Mehrere Einwohner von Rolfzen.

*— Wem gehören die **Silbersachen?** Die „Br. Nachr." schreiben vom 31. Januar: „Von der Kriminalpolizei wurden ein Maler und ein Netzstricker aus Bad Pyrmont festgenommen, als sie bei einem Silberwarenhändler in Bremen Silbersachen zum Kauf anboten. Obwohl die Festgenommenen angaben, die Sachen von einem Mariner gekauft zu haben, besteht wohl kein Zweifel darüber, daß es sich um gestohlenes Gut handelt."

Gottesdienstordnung

in der kath. Pfarrkirche zu Steinheim.

Aschermittwoch, den 9. Februar.

Vormittags 6 Uhr: Hochamt.
„ 7.30 Uhr: Hochamt.

Die geweihte Asche wird **nach** dem ersten und zweiten Hochamt an die Erwachsenen und **vor** dem zweiten Hochamt von 7 Uhr ab an die Schulkinder ausgeteilt

Hildegard!

Kräftiges **Sonntags-Mädel** angekommen

Franz Schrader und Frau
Irmgard, geb. Röper.

Düsseldorf, den 6. Februar 1921.

Danksagung!

Für die uns zu unserer Silbernen Hochzeitsfeier entgegengebrachten Glückwünsche und Blumenspenden sagen wir hiermit unseren

Herzlichsten Dank!

Steinheim, im Februar 1921.

August Müller und Frau.

Schellfisch, Bratbücklinge, Rollmops, Bismarckheringe etc. etc. empfiehlt:
Franz Schrader Nachf.

Edeka-Geschäft Steinheim.
Prima Bücklinge, Heringe, nur das Beste was der Markt bietet, neue deutsche.

Prima Bohnenschrot
wieder am Lager.
S. Weil, Steinheim.

Verloren

von einer armen Frau wurde ein Briefumschlag mit mehreren 100 Mark Inhalt, von der Marktstraße bis zum Bahnhof.

Der ehrliche Finder wird gebeten, selbiges gegen Belohnung bei P. A. Lange Söhne abzugeben.

Beste Kinder- und Krankenkost: Lacto-Rühret-Pulver!
Fachärztlich empfohlen. Nahrhaft bekömmlich, von natürlichem Wohlgeschmack.
Nur mit Wasser angerührt, sofort backfertig!
Alleinhersteller: **LACTOWERK WORMS-HORCHHEIM.**

- Uebersicht -

der Wahlbezirke der Stadt Steinheim für die Wahlen zum Preußischen Landtag, zum Provinziallandtag und zum Kreistag am 20. Februar 1921.

Wahlbezirk	Umfang des Wahlbezirkes	Bezeichnung des Wahlraumes	Name des Wahlvorstehers	Name des Stellvertreters
1.	Von Haus-Nr. 1 bis einschl. 230c.	Klassenraum der Quarta der hiesigen Rektoratschule	Ratsherr Josef Döhre	Ratsherr Franz Müller
2	Von Haus-Nr. 231 bis einschl. 467.	Klassenraum der Quinta der hiesigen Rektoratschule	Stadtverordnetenvorsteher Jos. Schriegel	Stadtverordneter Jos. Scheele.

Vorstehende Uebersicht über die Abgrenzung der Wahlbezirke behufs Wahl der Mitglieder zum preußischen Landtag, zum Provinziallandtag und zum Kreistag wird mit dem Bemerken veröffentlicht, daß die Wahl am 20. Februar 1921 stattfindet. Die Wahlhandlung beginnt am vorgenannten Tage um 9 Uhr vormittags und wird um 6 Uhr nachmittags geschlossen.

Wegen der Unterscheidung der Stimmzettel ist vom Herrn Minister des Innern folgendes bestimmt:

1. Die Stimmzettel sollen eine Aufschrift tragen, aus der sich ergibt, für welche Wahlen sie bestimmt sind („Landtag", „Provinz", „Kreis".) Die Aufschrift kann sich auf eine einzelne Wahl oder auf eine Mehrheit der gleichzeitig stattfindenden Wahlen beziehen.

2. Werden Stimmzettel ausgegeben, die für eine Mehrheit der gleichzeitig stattfindenden Wahlen (Landtag, Provinz, Kreis) bestimmt sind, und eine entsprechende Aufschrift tragen, so ist es für die Entscheidung über die Gültigkeit der Stimme ohne Belang, in welchen der für Landtag, Provinziallandtag und Kreistag bestimmten Wahlzettelumschlägen die Stimmzettel gesteckt sind.

3. Es ist zulässig, die Aufschrift auf dem Stimmzettel ganz oder teilweise zu streichen, letzteres, so weit dadurch kein Widerspruch zu dem Aufdruck des Wahlumschlages herbeigeführt wird. Wird für die Wahlen zum Provinziallandtag und zum Kreistag nur ein Stimmzettel abgegeben, so gilt der Stimmzettel als für beide Wahlen abgegeben, sofern sich nicht ausdrücklich aus der Aufschrift das Gegenteil ergibt.

4. Stimmzettel ohne Aufschrift sind solchen gleichzustellen, bei denen die Aufschriften durchstrichen sind.

Inhaber von Wahlscheinen nennen ihren Namen und übergeben den Wahlschein dem Wahlvorsteher. Wähler, die durch körperliche Gebrechen behindert sind, ihre Stimmzettel eigenhändig in den Umschlag zu legen und diese dem Wahlvorsteher zu übergeben, dürfen sich der Beihilfe einer Vertrauensperson bedienen.

Die Stimmzettel müssen von weißem oder weißlichem Papier sein und dürfen mit keinem unzulässigen Kennzeichen versehen sein; die Verwendung von Zeitungspapier ist zulässig. Die Stimmzettel sollen 9 mal 12 Zentimeter groß sein und sind von dem Wähler in einem mit amtlichem Stempel versehenem Umschlag, der sonst keine Kennzeichen haben darf, abzugeben.

Ungültig sind Stimmzettel:

1) die nicht in einem amtlich abgestempelten Umschlag oder die in einem unzulässigen Kennzeichen versehenen Umschlag übergeben worden sind;

2) die nicht von weißem oder weißlichem Papier sind;

3) die mit einem unzulässigen Kennzeichen versehen sind;

4) die keinen Namen oder keine Angabe, aus der die Person mindestens eines Bewerbers unzweifelhaft zu erkennen ist, auch keine oder keine erkennbare Bezeichnung eines Kreiswahlvorschlags mit der Nummer aus der amtlichen Bekanntgabe und auch kein zulässiges Kennwort enthalten;

5) die eine Verwahrung oder einen Vorbehalt gegenüber allen Bewerbern enthalten;

6) die Namen aus verschiedenen Kreiswahlvorschlägen oder Bezeichnungen verschiedener Kreiswahlvorschläge enthalten, vorbehaltlich der Bestimmung im Absatz 2;

7) die ausschließlich auf andere als die in den öffentlich bekannt gegebenen Kreiswahlvorschlägen aufgeführten Personen lauten

8) denen ein Druck- oder Schriftstück beigefügt ist.

Mehrere in einem Umschlag enthaltene gleichlautende Stimmzettel gelten als eine Stimme, in einem Umschlag enthaltene, auf verschiedene Kreiswahlvorschläge lautende Stimmen sind ungültig.

Zutritt zum Wahlraum hat jeder Wähler. Ansprachen darf niemand darin halten.

Der Wahlvorstand kann jeden aus dem Wahlraume verweisen, der die Ruhe und Ordnung der Wahlhandlung stört; ein Wähler des Wahlbezirkes der hiervon betroffen wird, darf vorher seine Stimme abgeben.

Im Wahlraum dürfen Stimmzettel weder aufgelegt oder verteilt werden.

Steinheim, den 3. Februar 1921.

Der Magistrat.
J. V.: Reineke.

Samen Vertrauenssache
Nur frische, volkeimfähige Ware
Gemüse-Sämereien in bester Qualität.
la Runkelsamen-Elite
verbesserte Eckendorfer, das Beste, was es darin gibt, sowie Bohnen und Erbsen von nur zuverlässigen Züchtern bezogen empfiehlt:
Gärtnerei Franz Hörning,
Steinheim — hinter Gastwirt Hillebrandt.

Aufgebot.

Die Firma Langensiepen und Bätzel zu Bielefeld bezw. der Kaufmann **Wilhelm Schröder in Bielefeld** hat das Aufgebot des über die im Grundbuche von Steinheim, Band 22 Blatt 187 in Abteilung III unter Nr. 8 eingetragene Hypothek von noch 3970,25 Mark gebildeten Hypothekenbriefes, der angeblich verloren gegangen ist, beantragt. Der Inhaber der Urkunde wird aufgefordert, spätestens in dem auf

den 24. Mai 1921, Vormittags 10 Uhr

vor dem unterzeichneten Gericht anberaumten Aufgebotstermine seine Rechte anzumelden und die Urkunde vorzulegen, widrigenfalls die Kraftloserklärung der Urkunde erfolgen wird.

Steinheim, den 2. Februar 1921.

Das Amtsgericht.

Eichen-Nutzholz-Verkauf!

Im Stadtwalde von Steinheim soll am Freitag, den 11. Februar, vormittags 10 Uhr, folgendes Eichen-Nutzholz öffentlich meistbietend an Ort und Stelle verkauft werden:

114 Stück Stammabschnitte mit 137,81 Festmeter Inhalt, durchweg erstklassiges, mildes Tischlerholz meist astreiner oder fast astreiner Beschaffenheit, in der Hauptsache 1. u. 2. Stärkeklasse mit Durchmessern bis über 90 Zentimeter. Darunter eine Anzahl zu Furnierzwecken geeignete Stammabschnitte.

93 Stück Eichenabschnitte mit 59,12 Festmeter Inhalt, meist schwächere oder geringwertigere Abschnitte.

Zusammenkunft der Bieter 10 Uhr vormittags am Forsthause im Steinheimerholze, Bahnstation Steinheim oder Wöbbel.

Bieterkreis unbeschränkt. Aufmaßlisten auf Anfordern gegen Schreibgebühr von unterzeichneter Dienststelle.

Höxter, den 1. Februar 1921.
Fernsprecher Nr. 243. Der Oberförster: König.

Mandolinen
Mandolinen-Saiten und sonstiges Zubehör, sowie alle anderen . .
Musik-Instrumente
empfiehlt zu billigsten Preisen:
Heinr. Düwel, Steinheim.
Uhren-, Gold- und Silberwaren
Musikwerke - Nähmaschinen.

1 schwarz. Rheinländerhahn
abhanden gekommen. Wiederbringer erhält Belohnung. Näheres zu erfahren in der Geschäftsstelle dss. Blattes.

Ein Lehrling
zu Ostern gesucht.
Karl Schröder, Kunst- und Handelsgärtnerei, Steinheim.

Ein ehrliches, fleißiges
Mädchen
bei hohem Lohn und guter Beköstigung nach Barmen gesucht. Angebote an die Geschäftsstelle dss. Blattes erbeten.

Lichtspiele
im Hotel zur Krone
Der große Prunkfilm
‚Cabiria'
Der Kampf um die Weltherrschaft
in 7 großen Akten
wird am nächsten Sonnabend und Sonntag in den Steinheimer Lichtspielen gegeben. Versäumen Sie nicht, den Stolz der Film-Industrie sich anzusehen; eine solche Gelegenheit wird Ihnen in Steinheim nicht oft geboten.
Steinheimer Lichtspiele.

Kaufen Sie
Dixin
von Henkel
bestes
Seifenpulver
Preis Mk. 2.25 das Paket,
Alleinige Fabrikanten:
Henkel & Cie., Düsseldorf.

Ich empfehle in bester Qualität und stets vorrätig:
Apfelsinen in verschiedenen Preislagen
Prima Citronen
Ferner:
Bücklinge, Makrelen, Lachs, Oelsardinen
Chester Käse, Edamer Käse, Nieheimer Käse und Kräuter Käse
Bestes, nordamerikan. Schweineschmalz.
Richard Büchter, Steinheim.
— — Fernsprecher Nr. 45. — —

Empfehle:
Ia. Apfelmus
in 2 Pfunds-Dosen als Kompott und Brotaufstrich.
Ia. Rübenkraut
Kunsthonig
Feinste Pflaumen
Kathrein Malzkaffee
Gebrannter Kaffee
viertel Pfund 6 und 6.50 Mk.
Prima Margarine
Pfund 13.— Mark.
Erbsen, grüne
Pfund 2.— Mark.
Feinstes Rüböl
Liter 20.— Mark.
Franz Döhre
— Höxterstraße —

Husten, Atemnot, Verschleimung.
Schreibe allen Leidenden gerne umsonst, womit ich mich von meinem schweren Lungenleiden selbst befreite.
Frau Kürschner, Hannover S 248 Osterstraße 56.
Auch bei Hautjucken, Flechten, Krätze u. s. w. offenen Beingeschwür. gern umsonst Auskunft. Rückmarke erwünscht.

Asthma
kann **geheilt** werden. Sprechstunden in **Paderborn, Bahnhofstraße 7 hpt.** jeden **Donnerstag** von 9—1 Uhr.
Dr. med. Alberts
Spezialarzt, **Berlin SW. 11.**

** **Streik im Mansfelder Bergbau.** Sämtliche Belegschaften der Mansfelder Gewerkschaft haben die Arbeit niedergelegt. Die Verwaltung hatte ein Wachsystem eingeführt, um Diebstählen und Spitzbübereien im Werk einen Riegel vorzuschieben. Mit der Behauptung, dieses Wachsystem bestehe aus Detektiven und Spitzeln, die politische Gesinnungsschnüffelei betreiben sollten, verlangten die Bergarbeiter die Abschaffung des Wachsystems. In Eisleben fand eine von 10 000 Arbeitern besuchte Versammlung statt, in deren Verlauf die Arbeiter von der Direktion eine sofortige Antwort auf ihre Forderungen verlangten. Da die Antwort ausblieb, hat die gesamte Belegschaft sofort die Arbeit niedergelegt. — Die etwa 20 000 Mann betragende Belagschaft der zum Konzern der Badischen Anilin- und Sodafabriken gehörenden Leunawerke bei Merseburg fordern in einem Ultimatum an die Werkleitung die sofortige Einführung der 48stündigen Arbeitswoche. — Auf der Zeche „Teutoburgia" in Dortmund hat die Belegschaft eigenmächtig die Sechsstundenschicht eingeführt.

Kleine Nachrichten.

* In Krefeld erkrankten nach dem Genuß von Pferdefleisch 50 Personen unter heftigen Krankheitserscheinungen. Es liegt Infektion durch Bazillen vor.

* In der Angelegenheit der Erfurter Waffenschiebungen wurde der Erfurter Platzvertreter der Reichstreuhandgesellschaft, Arthur Schleinitz, von der Kriminalpolizei verhaftet und dem Untersuchungsgefängnis zugeführt.

* Der neue deutsche Riesendampfer Tirpitz ist im Hafen von Immingham abgeliefert worden.

* Bei einer Verladung von Geschossen wurden in Maurepas (Dep. Somme) sieben Feuerwerker durch die Explosion eines Geschosses getötet.

* Ein drückender Nebel, wie er seit langer Zeit nicht mehr dagewesen ist, lager über der Stadt London. Der Verkehr ist fast unmöglich.

Gerichtssaal.

** **Matrosen als Einbrecher.** Drei bisher unbescholtene deutsche Marineangehörige eines Minensuchbootes, die an der Nordspitze Jütlands mehrere Villen ausgeplündert hatten, wurden mit Rücksicht auf die schwere Schädigung des deutschen Namens im Auslande vom Kieler Gericht auf je ein Jahr und drei Monate Gefängnis und drei Jahre Ehrverlust verurteilt.